

«Vom Applaus hat man nicht gelebt»

Politik im Krisenmodus Simonetta Sommaruga fordert mehr Lohn für jene Berufsgruppen, die in der Corona-Krise besonders gefordert sind. Die wirtschaftliche Perspektive bereitet der Bundespräsidentin «allergrösste Sorgen».

Philipp Loser und **Christoph Lenz**

Frau Sommaruga, am 14. Mai wollen Sie Ihren 60. Geburtstag feiern – mit Bürgerinnen und Bürgern, die am gleichen Tag wie Sie geboren sind. Wie laufen die Planungen?

Das Interesse war sehr gross, ich habe einige Dutzend Anmeldungen erhalten. Leider musste ich ihnen jetzt einen Brief schreiben und mitteilen, dass wir das Fest auf nächstes Jahr schieben. Wir feiern dann einfach unseren 61.

Die ursprüngliche Einladung haben Sie in einem anderen Leben ausgesprochen, vor Corona. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie Ende Februar von den Todesfällen in Norditalien hörten?

In unserem Land sind wir es gewohnt, dass diese Art von Katastrophen weit weg passieren. Nun ist es anders. Im Bundesrat zu realisieren, dass man jetzt unmittelbar gefordert ist, alles Notwendige zu tun für unser Land und die Gesundheit der Bevölkerung – da steigen die Temperatur und der Blutdruck.

«Wir lassen euch nicht im Stich. Der Bundesrat kümmert sich um euch. Rasch und unbürokratisch», sagten Sie vor einem Monat. Haben Sie Ihr Versprechen gehalten?

Aufgrund der Rückmeldungen aus der Bevölkerung und der Wirtschaft: Ich denke schon. Als ich gestern Abend nach der Arbeit nach Hause lief, hielt ein Velofahrer neben mir an. Ein Unternehmer, kleine Bude, zwanzig Leute. Er sagte: «Merci, Sie haben ihr Versprechen gehalten. Ich kann meine Löhne bezahlen.» Damit will ich nicht sagen, dass für alle gesorgt ist. Aber ich glaube, dass der Bundesrat getan hat, was möglich war.

Sie sprechen jetzt von den Corona-Krediten. Bei der Kurzarbeit gibt es hingegen Probleme. Viele Wirte wissen nicht, ob sie das Geld erhalten, um die Aprillöhne zu bezahlen. Auch wenn der Bundesrat Entscheide mit Notrecht trifft, sind die Kantone für die Umsetzung zuständig. Man muss sich das aber auch mal vor Augen führen: 1,7 Millionen Angestellte sind jetzt auf Kurzarbeit. Das ist gewaltig! Daher kann es schon sein, dass es hie und da zu Verzögerungen kommt.

Diese Krise hat gezeigt, dass Berufe, die sonst nicht besonders hoch geschätzt werden, sich als systemrelevant erweisen.

Das ist eine entscheidende Erkenntnis: Ohne das Gesundheitspersonal, die Leute im Verkauf, in der Betreuung und in der Logistik wäre nichts mehr gelaufen. In diesen Jobs arbeiten oft Frauen, und sie zählen nicht zu den bestbezahlten, eher im Gegenteil.

In Deutschland wurde fürs Pflegepersonal ein Bonus beschlossen. Braucht es das auch in der Schweiz?

Jetzt gab es Applaus. Aber vom Applaus hat man nicht gelebt. Ich

gehe schon davon aus, dass sich die Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen daran erinnern, was diese Leute jetzt geleistet haben und weiter leisten. Es gibt aber auch einen anderen Aspekt: Wie schaffen wir es, dass sich das auch längerfristig in den Löhnen abbildet?

Appellieren Sie an die Arbeitgeber, dass sie sich erkenntlich zeigen müssen? Oder subventioniert der Bund die Löhne im Gesundheitswesen?

Zunächst gibt es ja die Forderung, dass Frauen den gleichen Lohn erhalten für gleiche Arbeit. Dieses Gesetz, das ich vorbereitet habe, ist mittlerweile in Kraft. Immerhin! Das müsste ja schon lange eine Selbstverständlichkeit sein. Ist es leider immer noch nicht.

Und darüber hinaus?

Die Wahrnehmung, wie wichtig diese Berufe in der Pflege, in Kitas und im Detailhandel für unser System sind, hat sich in der Krise stark verändert. Jetzt geht es darum, das zu nutzen und entsprechende Forderungen zu stellen.

«Jeder macht in einer solchen Krise Fehler. Und die Krise ist ja noch nicht vorüber.»

Der Bundesrat unterstützt diese Forderungen also?

Wo die öffentliche Hand Arbeitgeberin ist, muss man sich diese Gedanken schon machen. Der Bundesrat kann nicht per Gesetz Lohnerhöhungen verordnen, aber er kann diese Diskussion unterstützen. Das mache ich gern.

In den Landesteilen wird die Pandemie sehr unterschiedlich wahrgenommen. Nimmt die Deutschschweiz genügend Rücksicht auf das Tessin und die Westschweiz?

Die Wahrnehmung der Krise ist grundsätzlich sehr unterschiedlich. Eine Verkäuferin nimmt sie anders wahr als eine Lehrerin. Jemand mit Diabetes erlebt eine andere Situation als jemand ohne Vorerkrankungen. In Chiasso fühlt es sich anders an als in der Zentralschweiz.

Gibt es einen Corona-Graben?

Davon würde ich nicht sprechen, weil ich den Eindruck habe, dass das gegenseitige Verständnis zwischen den Landesteilen vorhanden ist. Als das Tessin vor allen anderen Kantonen so stark betroffen war, habe ich mir Sorgen gemacht um den Zusammenhalt. Da habe ich auch selbst zum Telefon gegriffen, um zu helfen, eine Lösung zu finden, die der Situation im Tessin

Rechnung trägt, ohne dass das ganze Land zu einem Flickenteppich wird.

Dank Krisenfenster konnte die Zeit bis zum Lockdown föderalistisch geregelt werden. Jetzt nehmen die Misstöne zwischen den Landesteilen wieder zu. Warum öffnen Sie jetzt nicht föderalistisch?

Wir haben 26 Kantone und Dutzende Branchen. Wenn jetzt jeder Kanton für jede Branche eine Sonderlösung entwickelt, weiss einfach niemand mehr, was gilt. Das müssen wir verhindern. Das würde von der Bevölkerung auch nicht verstanden.

Wäre es nicht besser, bei der Öffnung etwas mehr zu riskieren, um die wirtschaftlichen Schäden zu minimieren?

Man stellt es jetzt dar, als wollte der Bundesrat gar nichts öffnen. Vergessen Sie nicht: 70 Prozent der Leute haben auch während der Krise gearbeitet. Dafür sind wir sehr dankbar. Alle Läden werden am 11. Mai aufgehen, die obligatorischen Schulen geöffnet, der öffentliche Verkehr hochgefahren. Auch mit der Gasbranche beschäftigen wir uns schon länger und prüfen, wie diese Branche Schritt für Schritt wieder geöffnet werden kann. Die Öffnung vom 11. Mai wird vielen Menschen eine richtig gute Perspektive geben.

Eine Perspektive vielleicht. Die Entbehrungen werden aber weiter anhalten.

Ich vermisse auch vieles. Möchte die Familie sehen, Freunde treffen, auswärts gehen. Es geht uns allen tupfgenau gleich. Ich höre aber auch viele Stimmen, auch aus der Bevölkerung, die sagen: Wir wollen keine zweite Welle. Das gilt gerade auch für die Wirtschaft. Wir haben eine weltweite, gravierende Rezession. Aber eine zweite Welle wäre noch schlimmer. Darum öffnen wir schrittweise.

Was macht Sie so sicher, dass eine zweite Welle so viel schlimmer wäre?

Das Virus existiert, es gibt keine Therapie und keine Impfung. Wir haben zwei Möglichkeiten: Wir dämmen es weiter ein, oder wir riskieren mit einer überstürzten Öffnung plötzlich wieder exponentielle Infektionen in einzelnen Kantonen und eine Überlastung der Spitäler. Und dann schliessen wir alle Gartencenter wieder, alle Restaurants, die gerade frisch eingekauft haben. Stellen Sie sich das vor: nicht nur der wirtschaftliche Schaden, auch was das mit der Bevölkerung macht.

Das Seco prognostiziert einen Wirtschaftseinbruch von fast 7 Prozent. Das ist dramatisch.

Die Situation macht auch mir allergrösste Sorgen. Auch global betrachtet: Wir haben eine weltweite schwere Rezession. Das betrifft uns besonders, weil die Schweizer Wirtschaft jeden zweiten Franken im Ausland verdient. Wir können zwar im Inland einiges machen, aber wenn der Export nicht funktioniert, ist es schwierig.



«Es geht uns allen tupfgenau gleich»: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga vermisst es, die Familie zu treffen

Zeit für eine Zwischenbilanz: War die Schweiz auf diese Krise vorbereitet?

Da muss man unterscheiden: Wenn Sie mich fragen, ob wir genügend Schutzmaterial hatten, dann ist das ein Thema, das man noch aufarbeiten muss.

Aber Sie werden sicher eine persönliche Meinung dazu haben, nicht? Ob wir genügend Schutzmaterial hatten?

Ja. Schutzmaterial, Medikamente, Ethanol – die Landesversorgung halt. Schauen Sie: Diese Aufarbeitung braucht es auf alle Fälle, muss

aber zunächst von den Fachleuten analysiert werden und steht daher im Moment nicht zuoberst auf der Agenda. Was die Belastbarkeit unserer Grundversorgung betrifft: Wenn ich mir ansehe, wie sich unsere Spitäler in der kürzester Zeit auf die Pandemie vorbereitet haben oder wie unsere Post funktioniert hat, dann war das gewaltig.

Der Bundesrat steht unter intensiver Beobachtung. Es fällt auf, dass mehr Interna an die Öffentlichkeit finden. Haben Sie die Kommunikationshoheit verloren?

Der Bundesrat ist ein Gremium von sieben Leuten, das in dieser

Krise, das darf ich sagen, sehr gut zusammengearbeitet hat. Dass Sachen aus den Sitzungen nach aussen dringen, kommt immer wieder vor. Der Bundesrat muss am Schluss in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, hinter denen das Gremium stehen kann und die von der Bevölkerung verstanden werden. Das ist uns gut gelungen. Wir spüren grossen Rückhalt und grosses Verständnis in der Bevölkerung. Das gibt uns Kraft.

Der Bundesrat hat keine Fehler gemacht?

Jeder macht in einer solchen Krise Fehler. Und die Krise ist ja noch nicht vorüber.



und Freunde einzuladen. Foto: Raphael Moser

Sie empfangen am Sonntag die Tourismusbranche zu einem Krisengipfel. Was ist das Ziel?

Die Bevölkerung freut sich auf die Sommerferien, und auch die Branche braucht eine Perspektive, weil diesen Sommer die ausländischen Gäste ausbleiben werden. Jetzt ist der Moment für die Branche, zu zeigen, was sie kann: Wir haben so viele wunderbare Orte, um Ferien zu verbringen. Seen, Flüsse, Naturparks, Städte. Wir wollen den Schweizerinnen und Schweizern zeigen, was diesen Sommer alles möglich ist.

Wie ist es eigentlich, als überzeugte Demokratin

mit Notrecht durchzuregieren? Wird einem da nicht manchmal gschmuck?

Gschmuck ist nicht das richtige Wort. Es ist eher... eher ein bewusstes Durchschnaufen. Dass man einen Entscheid noch gründlicher überlegt und sich sehr bewusst macht: Das gilt ab morgen Mitternacht. Einfach so. Ich habe davor allergrössten Respekt. Unsere Regierungsform hilft uns dabei. Es sind sieben, die gemeinsam entscheiden. Das sind die Chancen von kollektiver Intelligenz: wenn sieben Menschen eine bessere Lösung hinbringen als jemand allein. Diese Momente gab es im Bundesrat.

Schulschliessungen sind nicht besonders effizient

Ländervergleich ETH-Forscher haben Lockdown-Massnahmen in 20 Ländern analysiert. Am wirksamsten sind Schliessungen von Geschäften und Restaurants.

Die Infektionszahlen mit dem neuen Coronavirus Sars-CoV-2 sind vielerorts zurückgegangen, und verschiedene Länder sind dabei, ihr Lockdown-Regime zu lockern. Eine soeben veröffentlichte Analyse von Forschern der ETH Zürich könnte nun helfen zu entscheiden, welche Massnahmen zuerst aufgehoben werden sollen.

Am meisten bringt demnach die Schliessung von Geschäften, Restaurants, Kinos und anderen Kultureinrichtungen. Dies könnte gemäss den Schätzungen 20 bis 30 Prozent der Ansteckungen im Laufe einer Woche verhindern. Einen ähnlich hohen Nutzen errechneten die Wissenschaftler für Arbeitseinschränkungen, Grenzschliessungen sowie Versammlungs- und Veranstaltungsverbote. Weniger deutlich war der Effekt für Schulschliessungen und komplette Ausgehverbote, wie sie zum Beispiel in Italien verordnet wurden. Bei diesen Massnahmen betrug die Ansteckungsreduktion zwischen 0 und 30 Prozent.

Das Team um Wirtschaftsinformatik-Professor Stefan Feuerriegel rechnete bei der Analyse mit Daten aus der Schweiz, 15 EU-Ländern, Norwegen, den USA, Kanada und Australien, die bis zum 15. April vorlagen. Der Studienleiter warnt vor voreiligen Schlüssen: «Die Daten haben eine grosse Streuung und lassen deshalb nur eine grobe Bewertung zu», sagt er. Zudem handelt es sich bei der Studie um eine Vorabveröffentlichung auf der Plattform «med-Rxiv», die noch nicht durch Fachkollegen mit einer Peer-Review geprüft wurde.

Schutz von Risikogruppen

Dennoch macht die ETH-Studie deutlich, dass Schulschliessungen nicht besonders effizient sind, um die Ansteckungsraten zu senken. «Andere Massnahmen haben mutmasslich einen deutlich stärkeren Effekt», sagt Feuerriegel. Zu diesem Schluss kam unlängst auch eine Übersichtsarbeit im Fachblatt «Lancet Child & Adolescent Health»: Gemäss Modellrechnungen würden diese nur 2 bis 4 Prozent der Covid-19-



Leeres Klassenzimmer: Wie gross ist der Nutzen der Schulschliessungen wirklich? Foto: Urs Jaudas

«Die Politik muss entscheiden und auch die Kosten einbeziehen.»

Stefan Feuerriegel
ETH-Wirtschaftsinformatiker

Toten reduzieren. In der Schweiz hat auch das Bundesamt für Gesundheit verschiedentlich wieder darauf hingewiesen, dass Kinder nicht die treibende Kraft bei der gegenwärtigen Pandemie sind.

Für die Schweiz geht Feuerriegel davon aus, dass der Nutzen der Schulschliessungen im internationalen Vergleich allerdings eher höher ist. Weil Kinder vermutlich seltener als etwa in Italien bei den Grosseltern untergebracht werden, helfe das dem Schutz von Risikogruppen.

Ist es denn richtig, bei den Lockerungen der Massnahmen zuerst die Läden und dann erst die Schulen zu öffnen? «Das muss

die Politik entscheiden», sagt Feuerriegel. «Sie muss auch die Kosten einbeziehen und abwägen, zum Beispiel zwischen der Bildung der Kinder und den Konkursen von kleinen Firmen.» Klar sei jedoch, dass die Massnahmen in der Summe gewirkt haben.

Zu diesem Schluss kam unlängst eine Studie der ETH-Professorin Tanja Stadler, die die Ansteckungsrate bei einzelnen Infizierten berechnete. Demnach haben bereits weniger harte Massnahmen wie Händewaschen, Social Distancing und Selbstisolation bei Infektionsverdacht dazu geführt, dass die Zahl der Neuansteckungen weniger stark zunahm.

Die ETH-Analyse ist weltweit die zweite, die Lockdown-Massnahmen in mehreren Ländern verglichen hat. Davor sorgte die Ende März publizierte Studie einer Arbeitsgruppe um Neil Ferguson vom Imperial College London für viel Aufmerksamkeit. «Zum Zeitpunkt jener Studie war die Pandemie in vielen Ländern erst am Anlaufen, weshalb die Messung der Wirksamkeit von

Massnahmen kaum möglich waren», sagt Feuerriegel.

Nachgewiesene Fallzahlen

Anders ist auch die Methode. Feuerriegel und Kollegen stützen sich auf die Zahlen der nachgewiesenen Infektionen. Da entsprechen die Coronavirus-Tests in den einzelnen Ländern nach teils stark verschiedenen Kriterien durchgeführt werden, analysierten sie jeweils die Entwicklung in den Ländern selber, bevor sie die Wirksamkeit der Massnahmen mit anderen Ländern verglichen.

«Wir haben mit den Fallzahlen einen anderen Ansatz, als Epidemiologen üblicherweise verwenden», sagt Feuerriegel. Diese stützen sich meist auf die sogenannte Reproduktionszahl, die der Anzahl Personen entspricht, die ein einzelner Infizierter ansteckt. Um diese zu berechnen, muss allerdings die Dunkelziffer geschätzt werden. «Mit den Fallzahlen verwenden wir ausschliesslich, was wir kennen», erklärt der Forscher.

Felix Straumann

Suche nach Infizierten geht weiter – vielleicht auch mit freiwillig genutzter App

Contact Tracing Der Bundesrat will, dass sich mehr Personen testen lassen. Dafür müssten aber auch genügend Tests zur Verfügung stehen.

Der Bundesrat ändert im Hinblick auf die Lockerung des Lockdowns ab 27. April seine Strategie: Neu sollen sich alle Personen testen lassen, die Symptome aufweisen, wie sie mit Covid-19 einhergehen. Bisher wurde das nur Personen nahegelegt, die auch einer besonders gefährdeten Gruppe angehören oder die im Spital liegen oder arbeiten.

In Alters- und Pflegeheimen sollen zudem auch Verstorbene getestet werden, und zwar auch dann, wenn sie keinen Kontakt zu Erkrankten hatten. Falls der Test positiv ausfiele, würden für die Bewohner weitere Schutzmassnahmen ergriffen.

Indem nun mehr Personen getestet werden, weiss man genauer, wer tatsächlich an Covid-19 erkrankt ist. Diese Personen sollen sich weiterhin selbst

zu Hause isolieren. Wenn die Zahl der Infizierten weiter sinkt, werden auch wieder alle Kantone das Contact Tracing aufnehmen und Personen ausfindig machen, die mit den positiv Getesteten Kontakt hatten.

Nach Ansicht des Berufsverbands der Schweizer Ärzteschaft sollten möglichst viele Tests durchgeführt werden, damit man angemessen auf die Pandemie reagieren kann, wie eine Sprecherin auf Anfrage sagt. Kapazitäten, um Tests durchzuführen und auszuwerten, gäbe es genug. Es seien nicht alle Testzentren ausgelastet, die in den Kantonen eigens eingerichtet wurden.

Aber: Es müssten auch genügend Tests zur Verfügung stehen; es soll nach medizinischen Kriterien entschieden werden, wer getestet werde, und nicht nach

der Verfügbarkeit von Tests, sagt die Sprecherin. Ob sie reichen, kann das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf Anfrage nicht sagen. Dafür müsste man wissen, bei wie vielen Personen Symptome aufgetreten seien, und diese Zahl lasse sich nicht eruieren.

Keinen Zwang anwenden

Ob wie angekündigt schon bald mithilfe einer Handy-App Personen ausfindig gemacht werden, die in Kontakt mit positiv getesteten Personen standen, ist noch offen. Das sagte Daniel Koch vom BAG gestern vor den Medien. Wohl werde eine solche App helfen, sie sei aber nicht das entscheidende Instrument.

Der Einsatz einer solchen App wird kontrovers diskutiert, da die gesammelten Daten missbraucht werden könnten. CVP-Fraktions-

präsidentin Andrea Gmür etwa schlug vor, dass es der Bund für obligatorisch erklärt, dass die Bevölkerung die App auf dem Handy installiert. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hingegen beschloss auf Antrag der Grünen eine Kommissionsmotion, nach der niemand dazu gezwungen werden darf. Zudem soll der Bundesrat sie nicht alleine per Notverordnung einführen können, auch das Parlament muss mitreden können.

Der Ärztesverband zeigt sich gegenüber dieser App offen. Zusammen mit anderen Massnahmen sei sie ein wirksames Mittel. Auch er ist der Ansicht, dass es für diese App rechtsstaatliche Grundlagen braucht und dass sie freiwillig genutzt werden soll.

Janine Hosp